

Stefanie Bremer

Deutsche Superreiche will „endlich gerechten Anteil an Steuern zahlen“

Dienstag, 18.10.2022, 17:58 · · von FOCUS-online-Autorin [Elisabeth Hussendörfer](#)



Stefanie Bremer gehört zu den fünf Prozent der reichsten Menschen Deutschlands und würde gerne sehr viel mehr abgeben, als der Staat es von ihr verlangt.

Matthias Ziegler

Undurchdacht und zutiefst unsozial – so kritisiert Stefanie Bremer das Krisenmanagement der Bundesregierung in Sachen steigender Energiepreise. Die 33-jährige Erbin gehört zu den fünf Prozent der reichsten Menschen Deutschlands und würde gerne sehr viel mehr abgeben, als der Staat es von ihr verlangt.

FOCUS online: Viele Menschen im Land haben Angst, dass sie ihre Strom- und Gasrechnungen nicht mehr bezahlen können. Im Zuge der Energiekrise werden Maßnahmen wie kalte Schwimmbäder und fehlende Straßenbeleuchtung diskutiert und sind teilweise schon umgesetzt. Politiker geben Tipps wie „Waschlappen statt Dusche“. Was macht das mit Ihnen, wenn Sie so etwas hören - als jemand, der sich um den „Luxus“ einer warmen Dusche oder einer wohltemperierten Wohnung vermutlich nicht zu sorgen braucht?

Stefanie Bremer: Ich Sorge mich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Menschen scheinen sich zunehmend von der Politik alleingelassen zu fühlen. Sie sprachen gerade die Sache mit dem Waschlappen an. Das war wirklich sehr unglücklich kommuniziert. Da traut jemand seinen Bürgern nicht zu, dass sie wissen, wie man Wasser spart.

Was aber noch viel schlimmer ist: Es fehlt ganz offensichtlich die Anerkennung dessen, dass es Möglichkeiten gäbe, wie man die Krise tatsächlich anpacken könnte. Mit durchdachten, solidarischen Konzepten.

„Während die Leute eisern sparen, leben viele Vermögende weiter wie bisher“

Bundeskanzler Olaf Scholz scheint die zu sehen. Wir werden uns als Land unterhaken, sagte er, „weil wir ein solidarisches Land sind“.

Bremer: Für den Moment klingt das für mich mehr nach einer Floskel. Wenn Menschen Angst haben, aus **der Wohnung** zu fliegen, weil sie die Nebenkostenrechnung nicht mehr begleichen können – und das ist ja keine Panikmanche, sondern eine berechtigte Sorge – während andere die gestiegenen Kosten kaum spüren, entsteht eine bedenkliche Schieflage.

Trotz der zahlreichen Maßnahmen, die die Politik ja durchaus angeschoben hat?

Bremer: Was da bislang an Entlastungen angeboten wurde, von Tankrabatt über Heizungspauschale oder Neun-Euro-Ticket bis jetzt zum Gaspreisdeckel, scheint mir insgesamt wenig durchdacht. Das ist Gießkanne par excellence.

Ihre Kritik an der Gießkanne?

Bremer: Zuallererst: Dass Menschen geholfen wird, die diese Hilfe gar nicht brauchen. Dazu kommt, dass die Gießkanne bei Vermögenden sicher kein Umdenken in Sachen Energieverbrauch befördert. Wo bestimmte Bevölkerungsgruppen eisern sparen und vielleicht wirklich den Waschlappen benutzen, wird bei vielen Vermögenden privat so weitergelebt wie bisher. Dabei könnte gerade hier durch eine Verhaltensänderung ungleich mehr bewirkt werden.

„Der Verzicht auf einen Privatpool, eine Yacht und anderen klimaschädlichen Konsum birgt enormes Einsparpotenzial“

Inwiefern?

Bremer: Es ist bekannt, dass steigender Wohlstand mit steigendem Energieverbrauch korreliert. Viele Studien zeigen das. Wer viel Geld hat, bewohnt eher große Wohnungen und Häuser, die beheizt und beleuchtet werden müssen. Vermögende fahren größere Autos und konsumieren insgesamt mehr. Eine Studie kommt beim durchschnittlichen Energieverbrauch in Deutschland auf 87 Gigajoule pro Jahr. Das oberste Prozent der Superreichen beansprucht im Schnitt 400 Gigajoule. Der Verzicht auf einen Privatpool, eine Yacht und anderen klimaschädlichen Konsum birgt enormes Einsparpotenzial.

Wirtschaftsminister Robert Habeck hat sich zum übers ganze Land gleichmäßig verteilten Gaspreisdeckel ein Stück weit entschuldigt: Das sei in der Eile nicht anders möglich gewesen, eine gewisse Ungerechtigkeit müsse man in Kauf nehmen.

Bremer: Das macht mich ehrlich fassungslos. Schon im Frühling war überdeutlich, dass es Handlungsbedarf geben würde. Das ging durch alle Medien, war an den verschiedensten Stellen vorherzusehen. Ich selbst war noch nie in der Politik tätig, vielleicht habe ich falsche Vorstellungen von bestimmten Prozessen. Spontan würde ich aber sagen, man hätte deutlich früher anfangen müssen, Prioritäten zu setzen. Stichwort Zielgruppengerechtigkeit. Man hätte sich erinnern müssen, was man ins eigene Wahlprogramm geschrieben hat.

Die Sozialdemokraten in Deutschland sind im Wahlkampf sehr stark für eine Vermögensbesteuerung eingetreten, meinen Sie das?

Bremer: Auch **die Grünen** hatten das Thema in ihrem Wahlprogramm, haben Reformen gefordert, unter anderem auch beim Erbschaftsrecht. Passiert ist bislang: nichts.

Verstehe ich das richtig: Sie würden gerne anders besteuert werden? Ihrer Meinung nach geben Vermögende zu wenig ab?

Bremer: Das sehe ich so, ja, und daher engagiere ich mich im Verein „Taxmenow“, einem Zusammenschluss vermögender Menschen in der DACH-Region, die überzeugt sind, dass die finanziellen Mittel anders verteilt gehören. Derzeit verfügen die reichsten zehn Prozent der Deutschen über 67 Prozent des Vermögens. Durch eine Umverteilung könnte viel bewegt werden.

Ich habe oft die Zeilen aus einem Lied der Ärzte im Kopf: Es ist nicht deine Schuld, wie die Welt ist, aber es ist deine Schuld, wenn sie so bleibt. Ich hatte das Glück, in eine vermögende Familie geboren zu werden. Nun möchte ich die Gestaltungsmöglichkeiten, die ich habe, nutzen. Daher mein Engagement.

„Vermögende Menschen können es sich leisten, 30 oder 40 Leute abzustellen, um Politiker in einem bestimmten Bereich zu beeinflussen“

Was sind die Forderungen von „Taxmenow“?

Bremer: Ganz wichtig: die Wiederaufnahme der Vermögenssteuer. Die wurde 1996 ausgesetzt, weil sie vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurde. Gleichzeitig gab das Gericht aber in Auftrag, das Thema müsse überarbeitet werden. Leider hat das seither keine Bundesregierung getan.

Warum eigentlich, was glauben Sie?

Bremer: Ein Thema ist sicher die Intransparenz der Politik. Stichwort Lobbyarbeit: Vermögende Menschen können es sich leisten, 30 oder 40 Leute abzustellen, um Politiker in einem bestimmten Bereich zu beeinflussen. Nicht vermögende Menschen haben diese Möglichkeit nicht. Oft wird nicht das, was gerecht und sinnvoll wäre, umgesetzt, sondern das, was bestimmten Gruppen in die Hände spielt. Es fehlt an Druck auf die Politik, an diesem Missstand etwas zu ändern.

Was fordert „Taxmenow“ noch?

Bremer: Wir wollen, dass die Ausnahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer zurückgenommen werden. Diese gehören weitgehend abgeschafft, denn sie befördern die Vermögenskonzentration.

Ein Beispiel?

Bremer: Wenn ich drei Wohnungen erbe, fällt darauf ganz normal Erbschaftssteuer an. Bekomme ich 300 Wohnungen vererbt, gilt das vor **dem Finanzamt** fast automatisch als Betriebseigentum, das von der Erbschaftssteuer weitestgehend befreit ist. Ähnliche Ausnahmen gibt es zahlreiche. Das ist nicht im Sinne des Gemeinwohls!

Auch bei der Einkommenssteuer besteht dringend Handlungsbedarf. Wer Einkommen aus Arbeit erwirtschaftet, zahlt deutlich mehr Steuern als jemand, der Geld aus Kapitalanlagen erwirtschaftet. Das kann nicht sein.

Fassen wir zusammen: Sie finden, Sie zahlen zu wenig Steuern. Sie finden das unfair, würden gerne mehr abgeben. Mal blöd gefragt: Warum spenden Sie nicht einfach?

Bremer: Guter Punkt. Wer die Forderungen unseres Vereins hört, schließt daraus manchmal, wir hätten schon perfekt ausgearbeitete Lösungsvorschläge auf dem Tisch. Das ist natürlich nicht der Fall. Die konkreten Schritte liegen in der Verantwortung der Politik, des Gesetzgebers. Wir als Verein wollen einen Anstoß geben, politische Prozesse anregen.

Wie die letztlich genau aussehen? Dafür sollten wir nicht die ausschlaggebenden Ansprechpartner sein. Wir sind ja keine Expert:innen. Ich selbst habe nicht besonders viel Ahnung von Steuern und war froh, dass ich in meinem Studium der Nachhaltigkeitswissenschaften einigermaßen um dieses Thema herumgekommen bin.

Und zu Ihrer Frage bezüglich des Spendens: Das ist eine Idee, die immer wieder aufkommt. Ich finde das schwierig, denn wenn ich spende, sind die Menschen in meiner Umgebung davon abhängig, dass ich versuche, Ihnen zu helfen. Anders ausgedrückt, die anderen 99,9 Prozent haben Pech. Ist das demokratisch? Und wer bin ich, dass ich festlege, was die Menschen in Deutschland brauchen?

„Für die Gesellschaft würde sich tatsächlich etwas ändern, wenn ich meinen gerechten Anteil an Steuern zahlen würde. Und ich würde das gerne tun“

Eine warme Wohnung zum Beispiel.

Bremer: Ja, aber da sehe ich wie gesagt den Staat in der Aufgabe. Der hat die breitesten Kontaktpunkte zur Bevölkerung und er hat Mittel. Die Verteilung dieser Mittel läuft kontrolliert. Keine Einzelperson und auch kein Verein kann Vergleichbares leisten. Gerade jetzt, in der Energiekrise würde ich es beispielsweise attraktiv finden, wenn sichergestellt wäre, dass kein Mensch aus der Wohnung fliegt, weil er die Nebenkosten nicht bezahlen kann. Für mich müssten dringend Diskussionen mit Immobilienbesitzer:innenn und Vermieter:innen aufgemacht werden.

Sind Sie als Verein eigentlich schon auf die Politik zugegangen?

Bremer: Das ist eine Gratwanderung. Was wir auf keinen Fall wollen, sind Hinterzimmer-Gespräche. Gespräche, zu denen wir nur durch unsere Privilegien kommen. Ein transparentes Auftreten ist das A und O. Veranstaltungen, zu denen jeder Zugang hat und wo Parteien auftreten, könnten eine Option sein. Aber eins nach dem anderen. Unser Verein ist seit Juni 2021 aktiv und im Moment legen wir den Schwerpunkt auf Öffentlichkeitsarbeit und darauf, weitere Mitstreiter:innen anzuwerben. Im Moment haben wir 21 Mitglieder, das dürfen gerne mehr werden.

Der Beginn einer ganz neuen Bewegung?

Bremer: Nein! Es ist ja nicht so, dass unsere Ideen und Forderungen allesamt neu sind, wir arbeiten mit zahlreichen Organisationen zusammen, die sich seit Jahren Ähnliches auf die Fahnen schreiben. Steueranwälte, Rechtsexpert:innen.

Neu ist nun, dass die Themen nicht nur fachlich auf den Tisch kommen, sondern recht konkret. Besagte Anwälte und Rechtsexperten sind ja oft nicht selbst vermögend. Bei mir und für die Gesellschaft hingegen würde sich tatsächlich etwas ändern, wenn ich meinen gerechten Anteil an Steuern zahlen würde. Und ich würde das gerne tun.

© BurdaForward GmbH 2023

Fotocredits:

Matthias Ziegler, FOCUS Online

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.